

Werbung für mehr Kooperation der Kommunen

Kasseler Regierungspräsident lädt Bürgermeister ein / Land fördert Zusammenarbeit von Gemeinden

cpm. KASSEL. Überall in Hessen arbeiten immer mehr Gemeinden dank staatlichen Anreizes enger zusammen. Damit die guten Beispiele Schule machen, will der Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke (CDU) gemeinsam mit Claus Spandau, dem Leiter des Kompetenzzentrums für interkommunale Zusammenarbeit in Hessen, möglichst noch vor der Sommerpause die Bürgermeister seines Bezirks einladen. Sie sollen voneinander lernen und Erfahrungen in der Zusammenarbeit austauschen können.

Lübcke spricht von einem „spannenden Prozess“, in dem Gemeinden ihre Bauhöfe, Finanzverwaltungen oder Standesämter zusammenlegten oder Verwaltungsgemeinschaften bildeten. Er verwies auf das katholische Volkmarsen und das evangelische Breuna, die ihre Standesämter zusammenlegten. Während der Gebietsreform in den siebziger Jahren sei

dies undenkbar gewesen. Die Bürger beider Orte wären eher mit Mistforken aufeinander losgegangen, als ihre Standesämter zu vereinen.

„Obwohl die Finanzen die Politiker noch nie davon abgehalten haben, Dummheiten zu machen“, vermutet Lübcke, dass die Finanznot der Kommunen, die Wirtschaftslage und die demographische Entwicklung die Einsicht reifen ließen, enger miteinander zu kooperieren. 2009 haben 59 Prozent der nordhessischen Gemeinden defizitäre Haushaltsentwürfe vorgelegt, sagt Lübcke. 2010 seien es schon 90 Prozent.

Er fordert von den Kommunalpolitikern, Aufgaben und Standards zu überprüfen. Die Zusammenarbeit der Kommunen, die vom Land gefördert werde, sei keine Vorstufe einer Kreis- oder Gebietsreform, versichert Lübcke. Nach Spandaus Worten ist die Bereitschaft zur Ko-

operation in Nordhessen besonders groß. In Hessen seien bisher 36 Anträge auf interkommunale Zusammenarbeit aus 120 Kommunen gestellt und 20 Anträge bewilligt worden. Von den bewilligten Anträgen stammten neun aus Nordhessen. Seit Innenminister Volker Bouffier (CDU) in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden 2008 die aktuelle „Rahmenvereinbarung zur Förderung der Bildung von gemeinsamen kommunalen Dienstleistungszentren“ in Kraft setzte, berichtet Spandau, seien an 65 der 420 hessischen Kommunen rund 1,3 Millionen Euro an Fördermitteln zur Belohnung der Kooperation ausgeschüttet worden.

Die Rahmenvereinbarung umfasst nur zwei Seiten. Danach muss die Zusammenarbeit auf Dauer, mindestens jedoch auf fünf Jahre angelegt sein. Sie darf sich nicht auf „unwesentliche Bereiche“ beschränken, soll „Vorbildcharakter“ haben

und muss mindestens eine Einsparung von 15 Prozent der vorherigen Kosten im Jahr bringen.

Lübcke verwies auf die Gemeinden Baunatal und Schauenburg im Kreis Kassel, die ihre Standesämter künftig durch ein neues kommunales Dienstleistungszentrum mit Sitz in Baunatal ersetzen. Schauenburg wird jährlich 40 000 Euro sparen. Baunatal hat Mehrkosten von 20 000 Euro im Jahr, die von Schauenburg durch eine Standesamtumlage gedeckt werden. Im Odenwald schufen Mossautal, Beerfelden, Hesseneck, Rothenberg und Sensbachtal ein „Kommunal-Service Oberzentrum“ für das Haushalts- und Rechnungswesen. Groß-Umstadt und Otzberg errichteten einen Recyclinghof. Im Rheingau-Taunus-Kreis bildeten zehn Gemeinden ein „Gemeinsames Beratungs- und Dienstleistungszentrum im Rahmen der Haushaltswirtschaft auf der Grundlage der doppelten Buchführung“.

F.A.Z. Rhein-Main-Zeitung vom 26.04.2010